Auswärtiges Amt

Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland

„2+4-Vertrag“

mit Erklärung vom 01. Oktober 1990 zur Aussetzung der Wirksamkeit der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten

- Urschrift des Vertrags
- Deutsche Ratifikationsurkunde
- Amerikanische Ratifikationsurkunde
- Britische Ratifikationsurkunde
- Französische Ratifikationsurkunde
- Sowjetische Ratifikationsurkunde
- Urschrift der Erklärung

Quelle:
Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, MULT - 781

VERTRAG ÜBER DIE ABSCHLIESSENDE REGELUNG IN BEZUG AUF DEUTSCHLAND

TREATY ON THE FINAL SETTLEMENT WITH RESPECT TO GERMANY

TRAITE PORTANT REGLEMENT DEFINITIF CONCERNANT L'ALLEMAGNE

ДОГОВОР ОБ ОКОНЧАТЕЛЬНОМ УРЕГУЛИРОВАНИИ В ОТНОШЕНИИ ГЕРМАНИИ

VERTRAG ÜBER DIE ABSCHLIESSENDE REGELUNG IN BEZUG AUF DEUTSCHLAND

Die Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Demokratische Republik, die Französische Republik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika -

IN DEM BEWUSSTSEIN, daß ihre Völker seit 1945 miteinander in Frieden leben,

EINGEDENK der jüngsten historischen Veränderungen in Europa, die es ermöglichen, die Spaltung des Kontinents zu überwinden,

UNTER BERÜCKSICHTIGUNG der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes und der entsprechenden Vereinbarungen und Beschlüsse der Vier Mächte aus der Kriegs- und Nachkriegszeit,

ENTSCHLOSSEN, in Übereinstimmung mit ihren Verpflichtungen aus der Charta der Vereinten Nationen freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen,

EINGEDENK der Prinzipien der in Helsinki unterzeichneten Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa,

IN ANERKENNUNG, daß diese Prinzipien feste Grundlagen für den Aufbau einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung in Europa geschaffen haben,

ENTSCHLOSSEN, die Sicherheitsinteressen eines jeden zu berücksichtigen,

ÜBERZEUGT von der Notwendigkeit, Gegensätze endgültig zu überwinden und die Zusammenarbeit in Europa fortzuentwickeln,

IN BEKRÄFTIGUNG ihrer Bereitschaft, die Sicherheit zu stärken, insbesondere durch wirksame Maßnahmen zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Vertrauensbildung; ihrer Bereitschaft, sich gegenseitig nicht als Gegner zu betrachten, sondern auf ein Verhältnis des Vertrauens und der Zusammenarbeit hinzuarbeiten, sowie dementsprechend ihrer Bereitschaft, die Schaffung geeigneter institutioneller Vorkehrungen im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa positiv in Betracht zu ziehen,

IN WÜRDIGUNG DESSEN, daß das deutsche Volk in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechts seinen Willen bekundet hat, die staatliche Einheit Deutschlands herzustellen, um als gleichberechtigtes und souveränes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen,

IN DER ÜBERZEUGUNG, daß die Vereinigung Deutschlands als Staat mit endgültigen Grenzen ein bedeutsamer Beitrag zu Frieden und Stabilität in Europa ist,

MIT DEM ZIEL, die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland zu vereinbaren,

IN ANERKENNUNG DESSEN, daß dadurch und mit der Vereinigung Deutschlands als einem demokratischen und friedlichen Staat die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes ihre Bedeutung verlieren,

VERTRETEN durch ihre Außenminister, die entsprechend der Erklärung von Ottawa vom 13. Februar 1990 am 5. Mai 1990 in Bonn, am 22. Juni 1990 in Berlin, am 17. Juli 1990 in Paris unter Beteiligung des Außenministers der Republik Polen und am 12. September 1990 in Moskau zusammengetroffen sind -

sind wie folgt übereingekommen:

ARTIKEL 1

(1) Das vereinte Deutschland wird die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Berlins umfassen. Seine Außengrenzen werden die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sein und werden am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrags endgültig sein. Die Bestätigung des endgültigen Charakters der Grenzen des vereinten Deutschland ist ein wesentlicher Bestandteil der Friedensordnung in Europa.

(2) Das vereinte Deutschland und die Republik Polen bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag.

(3) Das vereinte Deutschland hat keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche auch nicht in Zukunft erheben.

(4) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik werden sicherstellen, daß die Verfassung des vereinten Deutschland keinerlei Bestimmungen enthalten wird, die mit diesen Prinzipien unvereinbar sind. Dies gilt dementsprechend für die Bestimmungen, die in der Präambel und in den Artikeln 23 Satz 2 und 146 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland niedergelegt sind.

(5) Die Regierungen der Französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika nehmen die entsprechenden Verpflichtungen und Erklärungen der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik förmlich entgegen und erklären, daß mit deren Verwirklichung der endgültige Charakter der Grenzen des vereinten Deutschland bestätigt wird.

ARTIKEL 2

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des vereinten Deutschland sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenom-

men werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.

ARTIKEL 3

(1) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihren Verzicht auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen. Sie erklären, daß auch das vereinte Deutschland sich an diese Verpflichtungen halten wird. Insbesondere gelten die Rechte und Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968 für das vereinte Deutschland fort.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat in vollem Einvernehmen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik am 30. August 1990 in Wien bei den Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa folgende Erklärung abgegeben:

> "Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich, die Streitkräfte des vereinten Deutschland innerhalb von drei bis vier Jahren auf eine Personalstärke von 370.000 Mann (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu reduzieren. Diese Reduzierung soll mit dem Inkrafttreten des ersten KSE-Vertrags beginnen. Im Rahmen dieser Gesamtobergrenze werden nicht mehr als 345.000 Mann den Land- und Luftstreitkräften angehören, die gemäß vereinbartem Mandat allein Gegenstand der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa sind. Die Bundesregierung sieht in ihrer Verpflichtung zur Reduzierung von Land- und Luftstreitkräften einen bedeutsamen deutschen Beitrag zur Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa. Sie geht davon aus, daß in Folgeverhandlungen auch die anderen Verhandlungsteilnehmer ihren Beitrag zur Festigung von Sicherheit und Stabilität in Europa, einschließlich Maßnahmen zur Begrenzung der Personalstärken, leisten werden."

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat sich dieser Erklärung ausdrücklich angeschlossen.

(3) Die Regierungen der Französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika nehmen diese Erklärungen der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Kenntnis.

ARTIKEL 4

(1) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklären, daß das vereinte Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in vertraglicher Form die Bedingungen und die Dauer des Aufenthalts der sowjetischen Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins sowie die Abwicklung des Abzugs dieser Streitkräfte regeln werden, der bis zum Ende des Jahres 1994 im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Verpflichtungen der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, auf die sich Absatz 2 des Artikels 3 dieses Vertrags bezieht, vollzogen sein wird.

(2) Die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika nehmen diese Erklärung zur Kenntnis.

ARTIKEL 5

(1) Bis zum Abschluß des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins in Übereinstimmung mit Artikel 4 dieses Vertrags werden auf diesem Gebiet als Streitkräfte des vereinten Deutschland ausschließlich deutsche Verbände der Territorialverteidigung stationiert sein, die nicht in die Bündnisstrukturen integriert sind, denen deutsche Streitkräfte auf dem übrigen deutschen Hoheitsgebiet zugeordnet sind. Unbeschadet der Regelung in Absatz 2 dieses Artikels werden während dieses Zeitraums Streitkräfte anderer Staaten auf diesem Gebiet nicht stationiert oder irgendwelche andere militärische Tätigkeiten dort ausüben.

(2) Für die Dauer des Aufenthalts sowjetischer Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins werden auf deutschen Wunsch Streitkräfte der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika auf der Grundlage entsprechender vertraglicher Vereinbarung zwischen der Regierung des vereinten Deutschland und den Regierungen der betreffenden Staaten in Berlin stationiert bleiben. Die Zahl aller nichtdeutschen in Berlin stationierten Streitkräfte und deren Ausrüstungsumfang werden nicht stärker sein als zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Vertrags. Neue Waffenkategorien werden von nichtdeutschen Streitkräften dort nicht eingeführt. Die Regierung des vereinten Deutschland wird mit den Regierungen der Staaten, die Streitkräfte in Berlin stationiert haben, Verträge zu gerechten Bedingungen unter Berücksichtigung der zu den betreffenden Staaten bestehenden Beziehungen abschließen.

(3) Nach dem Abschluß des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins können in diesem Teil Deutschlands auch deutsche Streitkräfteverbände stationiert werden, die in gleicher Weise militärischen Bündnisstrukturen zugeordnet sind wie diejenigen auf dem übrigen deutschen Hoheitsgebiet, allerdings ohne Kernwaffenträger. Darunter fallen nicht konventionelle Waffensysteme, die neben konventioneller andere Einsatzfähigkeiten haben können, die jedoch in diesem Teil Deutschlands für eine konventionelle Rolle ausgerüstet und nur dafür vorgesehen sind. Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt.

ARTIKEL 6

Das Recht des vereinten Deutschland, Bündnissen mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten anzugehören, wird von diesem Vertrag nicht berührt.

ARTIKEL 7

(1) Die Französische Republik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Als Ergebnis werden die entspre-

chenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst.

(2) Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.

ARTIKEL 8

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation oder Annahme, die so bald wie möglich herbeigeführt werden soll. Die Ratifikation erfolgt auf deutscher Seite durch das vereinte Deutschland. Dieser Vertrag gilt daher für das vereinte Deutschland.

(2) Die Ratifikations- oder Annahmeurkunden werden bei der Regierung des vereinten Deutschland hinterlegt. Diese unterrichtet die Regierungen der anderen Vertragschließenden Seiten von der Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Annahmeurkunde.

ARTIKEL 9

Dieser Vertrag tritt für das vereinte Deutschland, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Französische Republik, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika am Tag der Hinterlegung der letzten Ratifikations- oder Annahmeurkunde durch diese Staaten in Kraft.

ARTIKEL 10

Die Urschrift dieses Vertrags, dessen deutscher, englischer, französischer und russischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt, die den Regierungen der anderen Vertragschließenden Seiten beglaubigte Ausfertigungen übermittelt.

TREATY ON THE FINAL SETTLEMENT WITH RESPECT TO GERMANY

The Federal Republic of Germany, the German Democratic Republic, the French Republic, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America,

Conscious of the fact that their peoples have been living together in peace since 1945;

Mindful of the recent historic changes in Europe which make it possible to overcome the division of the continent;

Having regard to the rights and responsibilities of the Four Powers relating to Berlin and to Germany as a whole, and the corresponding wartime and post-war agreements and decisions of the Four Powers;

Resolved in accordance with their obligations under the Charter of the United Nations to develop friendly relations among nations based on respect for the principle of equal rights and self-determination of peoples, and to take other appropriate measures to strengthen universal peace;

Recalling the principles of the Final Act of the Conference on Security and Cooperation in Europe, signed in Helsinki;

Recognizing that those principles have laid firm foundations for the establishment of a just and lasting peaceful order in Europe;

Determined to take account of everyone's security interests;

Convinced of the need finally to overcome antagonism and to develop cooperation in Europe;

Confirming their readiness to reinforce security, in particular by adopting effective arms control, disarmament and confidence-building measures; their willingness not to regard each other as adversaries but to work for a relationship of trust and cooperation; and accordingly their readiness to consider positively setting up appropriate institutional arrangements within the framework of the Conference on Security and Cooperation in Europe;

Welcoming the fact that the German people, freely exercising their right of self-determination, have expressed their will to bring about the unity of Germany as a state so that they will be able to serve the peace of the world as an equal and sovereign partner in a united Europe;

Convinced that the unification of Germany as a state with definitive borders is a significant contribution to peace and stability in Europe;

Intending to conclude the final settlement with respect to Germany;

Recognizing that thereby, and with the unification of Germany as a democratic and peaceful state, the rights and responsibilities of the Four Powers relating to Berlin and to Germany as a whole lose their function;

Represented by their Ministers for Foreign Affairs who, in accordance with the Ottawa Declaration of 13 February 1990, met in Bonn on 5 May 1990, in Berlin on 22 June 1990, in Paris on 17 July 1990 with the participation of the Minister for Foreign Affairs of the Republic of Poland, and in Moscow on 12 September 1990;

Have agreed as follows:

ARTICLE 1

(1) The united Germany shall comprise the territory of the Federal Republic of Germany, the German Democratic Republic and the whole of Berlin. Its external borders shall be the borders of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic and shall be definitive from the date on which the present Treaty comes into force. The confirmation of the definitive nature of the borders of the united Germany is an essential element of the peaceful order in Europe.

(2) The united Germany and the Republic of Poland shall confirm the existing border between them in a treaty that is binding under international law.

(3) The united Germany has no territorial claims whatsoever against other states and shall not assert any in the future.

(4) The Governments of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic shall ensure that the constitution of the united Germany does not contain any provision incompatible with these principles. This applies accordingly to the provisions laid down in the preamble, the second sentence of Article 23, and Article 146 of the Basic Law for the Federal Republic of Germany.

(5) The Governments of the French Republic, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America take formal note of the corresponding commitments and declarations by the Governments of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic and declare that their implementation will confirm the definitive nature of the united Germany's borders.

ARTICLE 2

The Governments of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic reaffirm their declarations that only peace will emanate from German soil. According to the constitution of the united Germany, acts tending to and undertaken with the intent to disturb the peaceful relations between nations, especially to prepare for aggressive war, are unconstitutional and a punishable offence. The Governments of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic declare that the united Germany will never employ any of its weapons except in accordance with its constitution and the Charter of the United Nations.

ARTICLE 3

(1) The Governments of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic reaffirm their renunciation of the manufacture and possession of and control over nuclear, biological and chemical weapons. They declare that the united Germany, too, will abide by these commitments. In particular, rights and obligations arising from the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons of 1 July 1968 will continue to apply to the united Germany.

(2) The Government of the Federal Republic of Germany, acting in full agreement with the Government of the German Democratic Republic, made the following statement on 30 August 1990 in Vienna at the Negotiations on Conventional Armed Forces in Europe:

> "The Government of the Federal Republic of Germany undertakes to reduce the personnel strength of the armed forces of the united Germany to 370,000 (ground, air and naval forces) within three to four years. This reduction will commence on the entry into force of the first CFE agreement. Within the scope of this overall ceiling no more than 345,000 will belong to the ground and air forces which, pursuant to the agreed mandate, alone are the subject of the Negotiations on Conventional Armed Forces in Europe. The Federal Government regards its commitment to reduce ground and air forces as a significant German contribution to the reduction of conventional armed forces in Europe. It assumes that in follow-on negotiations the other participants in the negotiations, too, will render their contribution to enhancing security and stability in Europe, including measures to limit personnel strengths."

The Government of the German Democratic Republic has expressly associated itself with this statement.

(3) The Governments of the French Republic, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America take note of these statements by the Governments of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic.

ARTICLE 4

(1) The Governments of the Federal Republic of Germany, the German Democratic Republic and the Union of Soviet Socialist Republics state that the united Germany and the Union of Soviet Socialist Republics will settle by treaty the conditions for and the duration of the presence of Soviet armed forces on the territory of the present German Democratic Republic and of Berlin, as well as the conduct of the withdrawal of these armed forces which will be completed by the end of 1994, in connection with the implementation of the undertaking of the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic referred to in paragraph 2 of Article 3 of the present Treaty.

(2) The Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America take note of this statement.

ARTICLE 5

(1) Until the completion of the withdrawal of the Soviet armed forces from the territory of the present German Democratic Republic and of Berlin in accordance with Article 4 of the present Treaty, only German territorial defence units which are not integrated into the alliance structures to which German armed forces in the rest of German territory are assigned will be stationed in that territory as armed forces of the united Germany. During that period and subject to the provisions of paragraph 2 of this Article, armed forces of other states will not be stationed in that territory or carry out any other military activity there.

(2) For the duration of the presence of Soviet armed forces in the territory of the present German Democratic Republic and of Berlin, armed forces of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America will, upon German request, remain stationed in Berlin by agreement to this effect between the Government of the united Germany and the Governments of the states concerned. The number of troops and the amount of equipment of all non-German armed forces stationed in Berlin will not be greater than at the time of signature of the present Treaty. New categories of weapons will not be introduced there by non-German armed forces. The Government of the united Germany will conclude with the Governments of those states which have armed forces stationed in Berlin treaties with conditions which are fair taking account of the relations existing with the states concerned.

(3) Following the completion of the withdrawal of the Soviet armed forces from the territory of the present German Democratic Republic and of Berlin, units of German armed forces assigned to military alliance structures in the same way as those in the rest of German territory may also be stationed in that part of Germany, but without nuclear weapon carriers. This does not apply to conventional weapon systems which may have other capabilities in addition to conventional ones but which in that part of Germany are equipped for a conventional role and designated only for such. Foreign armed forces and nuclear weapons or their carriers will not be stationed in that part of Germany or deployed there.

ARTICLE 6

The right of the united Germany to belong to alliances, with all the rights and responsibilities arising therefrom, shall not be affected by the present Treaty.

ARTICLE 7

(1) The French Republic, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America hereby terminate their rights and responsibilities relating to Berlin and to Germany as a whole. As a result, the corresponding, related quadripartite agreements, decisions and practices are terminated and all related Four Power institutions are dissolved.

(2) The united Germany shall have accordingly full sovereignty over its internal and external affairs.

ARTICLE 8

(1) The present Treaty is subject to ratification or acceptance as soon as possible. On the German side it will be ratified by the united Germany. The Treaty will therefore apply to the united Germany.

(2) The instruments of ratification or acceptance shall be deposited with the Government of the united Germany. That Government shall inform the Governments of the other Contracting Parties of the deposit of each instrument of ratification or acceptance.

ARTICLE 9

The present Treaty shall enter into force for the united Germany, the French Republic, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America on the date of deposit of the last instrument of ratification or acceptance by these states.

ARTICLE 10

The original of the present Treaty, of which the English, French, German and Russian texts are equally authentic, shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany, which shall transmit certified true copies to the Governments of the other Contracting Parties.

TRAITE PORTANT REGLEMENT DEFINITIF CONCERNANT L'ALLEMAGNE

La République fédérale d'Allemagne, la République démocratique allemande, les Etats-Unis d'Amérique, la République française, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et l'Union des Républiques socialistes soviétiques

Conscients que leurs peuples vivent mutuellement en paix depuis 1945;

Ayant à l'esprit les changements historiques survenus récemment en Europe, qui permettent de surmonter la division du continent;

Prenant en considération les droits et responsabilités des Quatre Puissances relatifs à Berlin et à l'Allemagne dans son ensemble ainsi que les accords et décisions correspondants des Quatre Puissances au temps de la guerre et de l'après-guerre;

Résolus, conformément aux obligations qui leur incombent en vertu de la Charte des Nations Unies, à développer entre les nations des relations amicales fondées sur le respect du principe de l'égalité de droits des peuples et de leur droit à disposer d'eux-mêmes, et à prendre toutes autres mesures propres à consolider la paix du monde;

Rappelant les principes de l'Acte final de la Conférence sur la Sécurité et la Coopération en Europe, signé à Helsinki;

Reconnaissant que ces principes ont établi des bases solides pour l'édification d'un ordre de paix juste et durable en Europe;

Déterminés à tenir compte des intérêts de sécurité de chacun;

Convaincus de la nécessité de surmonter définitivement les antagonismes et de développer la coopération en Europe;

Confirmant leur disposition à renforcer la sécurité, en particulier en adoptant des mesures efficaces de contrôle des armements, de désarmement et de confiance; leur volonté de ne pas se considérer les uns les autres comme des adversaires mais d'oeuvrer en faveur d'une relation de confiance et de coopération; et par conséquent leur disposition à envisager positivement la mise en place d'arrangements institutionnels appropriés dans le cadre de la Conférence sur la Sécurité et la Coopération en Europe;

Saluant le fait que le peuple allemand, exerçant librement son droit à l'autodétermination, a affirmé sa volonté d'établir l'unité étatique de l'Allemagne pour servir la paix du monde en tant que membre égal et souverain d'une Europe unie;

Convaincus que l'unification de l'Allemagne en un Etat aux frontières définitives représente une contribution importante à la paix et à la stabilité en Europe;

Désireux de conclure le règlement définitif concernant l'Allemagne;

Reconnaissant que, par là et avec l'unification de l'Allemagne en tant qu'Etat démocratique et pacifique, les droits et responsabilités des Quatre Puissances relatifs à Berlin et à l'Allemagne dans son ensemble perdent leur fonction;

Représentés par leurs ministres des Affaires Etrangères qui, conformément à la déclaration adoptée à Ottawa le 13 février 1990, se sont réunis le 5 mai 1990 à Bonn, le 22 juin 1990 à Berlin, le 17 juillet 1990 à Paris avec la participation du ministre des Affaires Etrangères de la République de Pologne, et le 12 septembre 1990 à Moscou;

sont convenus de ce qui suit:

ARTICLE 1er

1) L'Allemagne unie comprendra le territoire de la République fédérale d'Allemagne, de la République démocratique allemande et de l'ensemble de Berlin. Ses frontières extérieures seront les frontières de la République fédérale d'Allemagne et de la République démocratique allemande et seront définitives à partir de la date d'entrée en vigueur du présent Traité. La confirmation du caractère définitif des frontières de l'Allemagne unie constitue un élément essentiel de l'ordre de paix en Europe.

2) L'Allemagne unie et la République de Pologne confirmeront la frontière existante entre elles par un traité ayant force obligatoire en vertu du droit international.

3) L'Allemagne unie n'a aucune revendication territoriale quelle qu'elle soit envers d'autres Etats et n'en formulera pas à l'avenir.

4) Les gouvernements de la République fédérale d'Allemagne et de la République démocratique allemande feront en sorte que la constitution de l'Allemagne unie ne comporte aucune disposition incompatible avec ces principes. Cela vaut en conséquence pour les dispositions contenues dans le préambule, l'article 23, phrase 2 et l'article 146 de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne.

5) Les gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et de l'Union des Républiques socialistes soviétiques prennent formellement acte des engagements et déclarations correspondants des gouvernements de la République fédérale d'Allemagne et de la République démocratique allemande, et déclarent que leur mise en oeuvre confirmera le caractère définitif des frontières de l'Allemagne unie.

ARTICLE 2

Les gouvernements de la République fédérale d'Allemagne et de la République démocratique allemande réaffirment leurs déclarations selon lesquelles seule la paix émanera du sol allemand. Selon la constitution de l'Allemagne unie, les actes susceptibles de troubler les relations pacifiques entre les nations ou entrepris dans cette intention, notamment en vue de préparer une guerre d'agression, sont anticonstitutionnels et constituent une infraction punissable. Les gouvernements de la République fédérale d'Allemagne et de la République démocratique allemande déclarent que l'Allemagne unie n'emploiera jamais aucune de ses armes que conformément à sa constitution et à la Charte des Nations Unies.

ARTICLE 3

1) Les gouvernements de la République fédérale d'Allemagne et de la République démocratique allemande réaffirment leur renonciation à la fabrication, à la possession et au contrôle d'armes nucléaires, biologiques et chimiques. Ils déclarent que l'Allemagne unie respectera également ces engagements. En particulier les droits et obligations découlant du Traité du ler juillet 1968 sur la non-prolifération des armes nucléaires continueront à s'appliquer à l'Allemagne unie.

2) Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, en plein accord avec le Gouvernement de la République démocratique allemande, a déclaré à Vienne, le 30 août 1990, au cours des négociations sur les forces armées classiques en Europe, ce qui suit:

> "Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne s'engage à réduire dans un délai de trois à quatre ans le niveau des effectifs en personnels des forces armées de l'Allemagne unie à 370.000 (forces terrestres, aériennes et navales). Cette réduction commencera au moment de l'entrée en vigueur du premier traité

FCE. Dans les limites de ce plafond global, un maximum de 345.000 hommes appartiendront aux forces terrestres et aériennes, qui, conformément au mandat agréé, sont seules l'objet des négociations sur les forces armées classiques en Europe. Le gouvernement fédéral considère son engagement de réduire les forces terrestres et aériennes comme une contribution allemande importante à la réduction des forces armées classiques en Europe. Il présume que dans les négociations de suivi les autres participants aux négociations contribueront également au renforcement de la sécurité et de la stabilité en Europe, y compris par des mesures de limitation des effectifs en personnels."

Le gouvernement de la République démocratique allemande s'est expressément associé à cette déclaration.

3) Les gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et de l'Union des Républiques socialistes soviétiques prennent acte de ces déclarations des gouvernements de la République fédérale d'Allemagne et de la République démocratique allemande.

ARTICLE 4

1) Les gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, de la République démocratique allemande et de l'Union des Républiques socialistes soviétiques déclarent que l'Allemagne unie et l'Union des Républiques socialistes soviétiques régleront par traité les conditions et la durée de la présence des forces armées soviétiques sur le territoire de l'actuelle République démocratique allemande et de Berlin, ainsi que le déroulement du retrait de ces forces armées, qui devra être achevé à la fin de l'année 1994, en relation avec l'exécution de l'engagement des gouvernements de la République fédérale d'Allemagne et de la République démocratique allemande mentionné au paragraphe 2 de l'article 3 du présent Traité.

2) Les gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord prennent acte de cette déclaration.

ARTICLE 5

1) Jusqu'à l'achèvement du retrait des forces armées soviétiques du territoire de l'actuelle République démocratique allemande et de Berlin conformément à l'article 4 du présent Traité, seules seront stationnées sur ce territoire, en qualité de forces armées de l'Allemagne unie, des unités allemandes de défense territoriale qui ne sont pas intégrées aux structures d'alliance auxquelles les forces armées allemandes sont affectées sur le reste du territoire allemand. Pendant cette periode et sous réserve des dispositions du paragraphe 2) du présent article, des forces armées d'autres Etats ne stationneront pas sur ce territoire et n'y mèneront aucune autre activité militaire.

2) Pendant la période de présence des forces armées soviétiques sur le territoire de l'actuelle République démocratique allemande et de Berlin, des forces armées des Etats-Unis d'Amérique, de la République française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord demeureront, sur demande de l'Allemagne unie, stationnées à Berlin, par accord à cet effet entre le gouvernement de l'Allemagne unie et les gouvernements des Etats concernés. Le niveau des effectifs et des armements de toutes les forces armées non allemandes stationnées à Berlin ne sera pas plus élevé qu'au moment de la signature du présent Traité. Les forces non allemandes n'y introduiront pas de nouvelles catégories d'armement. Le gouvernement de l'Allemagne unie conclura avec les gouvernements des Etats dont les forces armées stationnent à Berlin des accords établissant des conditions justes tenant compte des relations existantes avec les Etats concernés.

3) Après l'achèvement du retrait des forces armées soviétiques du territoire de l'actuelle République démocratique allemande et de Berlin, des unités des forces armées allemandes affectées aux structures d'alliance de la même manière que les unités stationnées sur le reste du territoire allemand pourront également stationner dans cette partie de l'Allemagne, bien que sans vecteurs d'armes nucléaires. Ceci ne s'applique pas aux systèmes d'armes classiques qui peuvent avoir d'autres capacités en sus de leur capacités classiques mais qui, dans cette partie de l'Allemagne, sont équipés à des fins classiques et affectés seulement à celles-ci. Des forces armées et des armes nucléaires ou des vecteurs d'armes nucléaires étrangers ne seront pas stationnés dans cette partie de l'Allemagne et n'y seront pas déployés.

ARTICLE 6

Le droit de l'Allemagne unie d'appartenir à des alliances, avec tous les droits et obligations qui en découlent, n'est pas affecté par le présent Traité.

ARTICLE 7

1) Les Etats-Unis d'Amérique, la République française, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et l'Union des Républiques socialistes soviétiques mettent fin par le présent Traité à leurs droits et responsabilités relatifs à Berlin et à l'Allemagne dans son ensemble. En conséquence, il est mis fin aux accords, décisions et pratiques quadripartites correspondants, qui s'y rattachent, et toutes les institutions des Quatre Puissances y afférentes sont dissoutes.

2) L'Allemagne unie jouira, en conséquence, de la pleine souveraineté sur ses affaires intérieures et extérieures.

ARTICLE 8

1) Le présent Traité sera soumis à ratification ou acceptation aussitôt que possible. En ce qui concerne l'Allemagne, la ratification sera effectuée par l'Allemagne unie. Le Traité s'appliquera par conséquent à l'Allemagne unie.

2) Les instruments de ratification ou d'acceptation seront déposés auprès du gouvernement de l'Allemagne unie.
Celui-ci informera les gouvernements des autres Parties contractantes du dépôt de chaque instrument de ratification ou d'acceptation.

ARTICLE 9

Le présent Traité entrera en vigueur pour l'Allemagne unie, les Etats-Unis d'Amérique, la République française, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et l'Union des Républiques socialistes soviétiques le jour de dépôt du dernier instrument de ratification ou d'acceptation par ces Etats.

ARTICLE 10

L'original du présent Traité dont les textes allemand, anglais, français et russe font également foi, est déposé auprès du gouvernement de la République fédérale d'Allemagne qui transmettra aux gouvernements des autres Parties contractantes des copies certifiées conformes.

ДОГОВОР

ОБ ОКОНЧАТЕЛЬНОМ УРЕГУЛИРОВАНИИ
В ОТНОШЕНИИ ГЕРМАНИИ

Германская Демократическая Республика, Федеративная Республика Германия, Соединенное Королевство Великобритании и Северной Ирландии, Соединенные Штаты Америки, Союз Советских Социалистических Республик и Французская Республика,

сознавая, что их народы с 1945 года живут в мире друг с другом;

принимая во внимание исторические изменения последнего времени в Европе, которые дают возможность преодолеть ее раскол;

учитывая права и ответственность четырех держав в отношении Берлина и Германии в целом, а также соответствующие соглашения и решения четырех держав военного и послевоенного времени;

преисполненные решимости в соответствии со своими обязательствами по Уставу Организации Объединенных Наций развивать дружественные отношения между нациями на основе уважения принципа равноправия и самоопределения народов, а также принимать другие соответствующие меры для укрепления всеобщего мира;

ссылаясь на принципы хельсинкского Заключительного акта Совещания по безопасности и сотрудничеству в Европе;

признавая, что эти принципы заложили прочную основу для создания справедливого и надежного мирного устройства в Европе;

преисполненные решимости учитывать интересы безопасности каждого;

убежденные в необходимости окончательно преодолеть антагонизм и развивать сотрудничество в Европе;

подтверждая свою готовность укреплять безопасность, в особенности путем принятия эффективных мер по контролю над вооружениями, разоружению и упреплению доверия, свою готовность не рассматривать друг друга как противников, а работать над установлением отношений доверия и сотрудничества, и соответственно с этим свою готовность позитивно рассмотреть возможность принятия подходящих мер по институционализации в рамках Совещания по безопасности и сотрудничеству в Европе;

отмечая, что немецкий народ, свободно осуществляя право на самоопределение, изъявил волю к строительству государственного единства Германии, с тем чтобы служить делу мира во всем мире в качестве равноправного и суверенного члена идущей по пути объединения Европы;

убежденные в том, что объединение Германии в государство с окончательными границами является значительным вкладом в дело мира и стабильности в Европе;

имея целью достижение окончательного урегулирования в отношении Германии;

<u>признавая</u>, что тем самым и с объединением Германии в демократическое и мирное государство теряют свое значение права и ответственность четырех держав в отношении Берлина и Германии в целом;

<u>представленные</u> своими министрами иностранных дел, которые в соответствии с заявлением от 13 февраля 1990 года, принятым в Оттаве, встречались 5 мая 1990 года в Бонне, 22 июня 1990 года в Берлине, 17 июля 1990 года в Париже с участием министра иностранных дел Республики Польша, 12 сентября 1990 года в Москве,

<u>договорились</u> о нижеследующем:

Статья I

1. Объединенная Германия будет включать территории Германской Демократической Республики, Федеративной Республики Германии и всего Берлина. Ее внешними границами окончательно станут границы Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии со дня вступления в силу настоящего Договора. Подтверждение окончательного характера границ объединенной Германии является существенной составной частью мирного порядка в Европе.

2. Объединенная Германия и Республика Польша подтверждают существующую между ними границу в договоре, имеющем обязательный характер в соответствии с международным правом.

3. Объединенная Германия не имеет никаких территориальных претензий к другим государствам и не будет выдвигать таких претензий также и в будущем.

4. Правительства Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии обеспечат, чтобы в конституции объединенной Германии не содержалось каких-либо положений, противоречащих этим принципам. Соответственно это относится к положениям, изложенным в преамбуле, во второй фразе статьи 23 и в статье 146 Основного закона Федеративной Республики Германии.

5. Правительства Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии, Соединенных Штатов Америки, Союза Советских Социалистических Республик и Французской Республики официально принимают к сведению соответствующие обязательства и заявления правительств Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии и заявляют, что с их осуществлением будет подтвержден окончательный характер границ объединенной Германии.

Статья 2

Правительства Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии подтверждают свои заявления о том, что с немецкой земли будет исходить только мир. Согласно конституции объединенной Германии действия, могущие и преследующие цель нарушить мир между народами, в особенности подготовка к ведению наступательной войны, являются антиконституционными и наказуемыми. Правительства

Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии заявляют, что объединенная Германия никогда не применит оружие, которым она располагает, иначе как в соответствии с ее конституцией и Уставом Организации Объединенных Наций.

Статья 3

I. Правительства Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии подтверждают свой отказ от производства, владения и распоряжения ядерным, биологическим и химическим оружием. Они заявляют, что объединенная Германия также будет придерживаться этих обязательств. В частности, права и обязательства, вытекающие из Договора о нераспространении ядерного оружия от I июля 1968 года, продолжают действовать в отношении объединенной Германии.

2. Правительство Федеративной Республики Германии в полном согласии с правительством Германской Демократической Республики сделало 30 августа 1990 года в Вене на переговорах по обычным вооруженным силам в Европе следующее заявление:

> "Правительство Федеративной Республики Германии обязуется сократить вооруженные силы объединенной Германии в течение 3-4 лет до численности 370 000 человек (сухопутные войска, военно-воздушные и военно-морские силы). Это сокращение должно начаться с момента вступления в силу первого договора об обычных вооруженных силах

в Европе. В рамках этого совокупного верхнего предела не более 345 000 человек будут входить в сухопутные войска и военно-воздушные силы, которые в соответствии с согласованным мандатом одни являются предметом переговоров по обычным вооруженным силам в Европе. Правительство Федеративной Республики Германии видит в своем обязательстве о сокращении сухопутных и военно-воздушных сил значимый немецкий вклад в дело сокращения обычных вооруженных сил в Европе. Оно исходит из того, что в последующих переговорах другие их участники также внесут свой вклад в упрочение безопасности и стабильности в Европе, включая меры по ограничению численности войск."

Правительство Германской Демократической Республики полностью присоединилось к этому заявлению.

3. Правительства Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии, Соединенных Штатов Америки, Союза Советских Социалистических Республик и Французской Республики принимают эти заявления правительств Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии к сведению.

Статья 4

I. Правительства Союза Советских Социалистических Республик, Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии заявляют, что Союз Советских Социалистических Республик и объединенная Германия

урегулируют в договором порядке условия и сроки пребывания советских войск на территории нынешней Германской Демократической Республики и Берлина, а также осуществление вывода этих войск, который будет завершен к концу 1994 года, во взаимосвязи с реализацией обязательств правительств Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии, изложенных в пункте 2 статьи 3 настоящего Договора.

2. Правительства Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии, Соединенных Штатов Америки и Французской Республики принимают это заявление к сведению.

Статья 5

1. Вплоть до завершения вывода советских войск с территории нынешней Германской Демократической Республики и Берлина в соответствии со статьей 4 настоящего Договора на данной территории будут размещаться в качестве вооруженных сил объединенной Германии исключительно немецкие формирования территориальной обороны, не интегрированные в союзнические структуры, которым немецкие вооруженные силы приданы на остальной германской территории. С учетом урегулирования, содержащегося в пункте 2 настоящей статьи, войска других государств не будут в течение этого периода размещаться на этой территории или осуществлять там другую военную деятельность.

2. На срок пребывания советских войск на территории нынешней Германской Демократической Республики и Берлина войска Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии, Соединенных Штатов Америки и

Французской Республики будут в соответствии с пожеланием немецкой стороны на основе соответствующего договорного урегулирования между правительством объединенной Германии и правительствами указанных государств по-прежнему размещаться в Берлине. Численность личного состава и количество вооружений всех ненемецких войск, размещенных в Берлине, не будут больше, чем на момент подписания настоящего Договора. Новые категории оружия не будут вводиться туда ненемецкими вооруженными силами. Правительство объединенной Германии заключит с правительствами государств, разместивших войска в Берлине, договоры на справедливых условиях с учетом отношений, существующих с указанными государствами.

3. После завершения вывода советских войск с территории нынешней Германской Демократической Республики и Берлина в данной части Германии могут размещаться также формирования немецких вооруженных сил, приданные военным союзническим структурам таким же образом, как и формирования на остальной германской территории, но без носителей ядерного оружия. Это не распространяется на системы обычных вооружений, которые могут обладать другими способностями, помимо обычных, но которые в данной части Германии оснащены для обычной роли и предназначены только для таковой. Иностранные войска и ядерное оружие или его носители не будут размещаться в данной части Германии и развертываться там.

С т а т ь я 6

Право объединенной Германии на участие в союзах со всеми вытекающими из этого правами и обязательствами настоящим Договором не затрагивается.

С т а т ь я 7

I. Соединенное Королевство Великобритании и Северной Ирландии, Соединенные Штаты Америки, Союз Советских Социалистических Республик и Французская Республика настоящим прекращают действие своих прав и ответственности в отношении Берлина и Германии в целом. В результате прекращают свое действие соответствующие связанные с ними четырехсторонние соглашения, решения и практика и распускаются все соответствующие институты четырех держав.

2. В соответствии с этим объединенная Германия обретает полный суверенитет над своими внутренними и внешними делами.

С т а т ь я 8

I. Настоящий Договор подлежит ратификации или принятию так скоро, как это возможно. Ратификация с немецкой стороны проводится объединенной Германией. Данный Договор тем самым имеет силу для объединенной Германии.

2. Ратификационные грамоты или документы о принятии сдаются на хранение правительству объединенной Германии. Оно информирует правительства других Договаривающихся Сторон о сдаче на хранение каждой ратификационной грамоты или документа о принятии.

Статья 9

Настоящий Договор вступает в силу для объединенной Германии, Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии, Соединенных Штатов Америки, Союза Советских Социалистических Республик и Французской Республики в день сдачи на хранение этими государствами последней ратификационной грамоты или документа о принятии.

Статья IO

Подлинник настоящего Договора, тексты которого на английском, немецком, русском и французском языках имеют одинаковую силу, сдается на хранение правительству Федеративной Республики Германии, которое передаст правительствам других Договаривающихся Сторон заверенные копии.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig Bevollmächtigten diesen Vertrag unterschrieben.

GESCHEHEN zu Moskau am 12. September 1990

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned plenipotentiaries, duly authorized thereto, have signed this Treaty.

DONE at Moscow this twelfth day of September 1990.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés, dûment habilités à cet effet, ont signé le présent Traité.

FAIT à Moscou, le 12 septembre 1990

В УДОСТОВЕРЕНИЕ ЧЕГО нижеподписавшиеся, должным образом уполномоченные, подписали настоящий Договор.

СОВЕРШЕНО в Москве, I2 сентября I990 г.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Pour la République fédérale d'Allemagne
За Федеративную Республику Германию

Für die Deutsche Demokratische Republik
For the German Democratic Republic
Pour la République démocratique allemande
За Германскую Демократическую Республику

Für die Französischen Republik
For the French Republic
Pour la République francaise
За Французскую Республику

Roland Dumas

Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
For the Union of Soviet Socialist Republics
Pour l'Union des Républiques socialistes soviètiques
За Союз Советских Социалистических Республик

Für das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland
For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
За Соединенное Королевство Великобритании и
Северной Ирландии

Douglas Hurd.

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
For the United States of America
Pour les Etats-Unis d'Amérique
За Соединенные Штаты Америки

James A. Baker III

VEREINBARTE PROTOKOLLNOTIZ

ZU DEM

VERTRAG ÜBER DIE ABSCHLIESSENDE REGELUNG IN BEZUG AUF DEUTSCHLAND

VOM 12. SEPTEMBER 1990

Alle Fragen in Bezug auf die Anwendung des Wortes "verlegt", wie es im letzten Satz von Artikel 5 Abs. 3 gebraucht wird, werden von der Regierung des vereinten Deutschland in einer vernünftigen und verantwortungsbewußten Weise entschieden, wobei sie die Sicherheitsinteressen jeder Vertragspartei, wie dies in der Präambel niedergelegt ist, berücksichtigen wird.

AGREED MINUTE TO THE TREATY ON THE
FINAL SETTLEMENT WITH RESPECT TO
GERMANY OF 12 SEPTEMBER 1990

Any questions with respect to the application of the word "deployed" as used in the last sentence of paragraph 3 of Article 5 will be decided by the Government of the united Germany in a reasonable and responsible way taking into account the security interests of each Contracting Party as set forth in the preamble.

MINUTE AGREEE AU TRAITE PORTANT REGLEMENT DEFINITIF CONCERNANT L'ALLEMAGNE SIGNE LE 12 SEPTEMBRE 1990.

Toutes questions concernant l'application du mot "déployés" utilisé dans la dernière phrase de l'article 5, paragraphe 3, seront tranchées par le gouvernement de l'Allemagne unie d'une manière raisonnable et responsable prenant en compte les intérêts de sécurité de chaque partie contractante ainsi qu'il est affirmé dans le préambule.

СОГЛАСОВАННАЯ ПРОТОКОЛЬНАЯ ЗАПИСЬ К ДОГОВОРУ ОБ ОКОНЧАТЕЛЬНОМ УРЕГУЛИРОВАНИИ В ОТНОШЕНИИ ГЕРМАНИИ ОТ 12 СЕНТЯБРЯ 1990 ГОДА

Любые вопросы, связанные с применением слова "развертываться", как оно используется в последнем предложении пункта 3 статьи 5, будут решаться Правительством объединенной Германии разумно и ответственно, с учетом интересов безопасности каждой из Договаривающихся Сторон, как об этом говорится в Преамбуле.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Pour la République fédérale d'Allemagne
За Федеративную Республику Германию

Hans-Dietrich Genscher

Für die Deutsche Demokratische Republik
For the German Democratic Republic
Pour la République démocratique allemande
За Германскую Демократическую Республику

Lothar de Maizière

Für die Französischen Republik
For the French Republic
Pour la République francaise
За Французскую Республику

Roland Dumas

Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
For the Union of Soviet Socialist Republics
Pour l'Union des Républiques socialistes soviètiques
За Союз Советских Социалистических Республик

Э. Шеварднадзе

Für das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland
For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
За Соединенное Королевство Великобритании и Северной Ирландии

Douglas Hurd.

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
For the United States of America
Pour les Etats-Unis d'Amérique
За Соединенные Штаты Америки

James A. Baker III

Ratifikationsurkunde

der

Bundesrepublik Deutschland

zu dem Vertrag
über die abschließende Regelung in bezug auf
Deutschland

Nachdem der in Moskau am 12. September 1990 von der

Bundesrepublik Deutschland

unterzeichnete

Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland sowie die vereinbarte Protokollnotiz zu diesem Vertrag,

deren Wortlaut beigefügt ist, in gehöriger Gesetzesform die verfassungsmäßige Zustimmung gefunden haben, erkläre ich hiermit, daß ich den Vertrag und die Protokollnotiz bestätige.

Bonn, den 13. OKTOBER 1990

Der Bundespräsident

Der Bundesminister des Auswärtigen

GEORGE BUSH

President of the United States of America

TO ALL TO WHOM THESE PRESENTS SHALL COME, GREETING:

CONSIDERING THAT:

The Treaty on the Final Settlement with Respect to Germany and Related Agreed Minute were signed at Moscow September 12, 1990; and

The Senate of the United States of America by its resolution of October 10, 1990, two-thirds of the Senators present concurring therein, gave its advice and consent to ratification of the Treaty and Related Agreed Minute;

NOW, THEREFORE, I, George Bush, President of the United States of America, ratify and confirm the said Treaty and Related Agreed Minute.

IN TESTIMONY WHEREOF, I have signed this instrument of ratification and caused the Seal of the United States of America to be affixed.

DONE at the city of Washington
this eighteenth day of
October in the year of
our Lord one thousand
nine hundred ninety
and of the Independence
...ed States of
...
fifteenth.

By the President:

George Bush

James A. Baker III
Secretary of State

WHEREAS a Treaty on the Final Settlement with respect to Germany was signed at Moscow on the Twelfth day of September, One thousand Nine hundred and Ninety, by representatives of the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Governments of the Federal Republic of Germany, the German Democratic Republic, the French Republic, the Union of Soviet Socialist Republics and the United States of America;

NOW THEREFORE the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, having considered the Treaty aforesaid, hereby confirm and ratify the same and undertake faithfully to perform and carry out all the stipulations therein contained.

In witness whereof this Instrument of Ratification is signed and sealed by Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs.

Done at London the Seventh day of November, One thousand Nine hundred and Ninety.

Douglas Hurd

Ratifications

du Président de la République Française,

DU TRAITE

PORTANT REGLEMENT DEFINITIF

CONCERNANT L'ALLEMAGNE,

SIGNE A MOSCOU LE 12 SEPTEMBRE 1990

François Mitterrand

Président de la République Française,

À tous ceux qui ces présentes Lettres verront,

Salut :

UN TRAITE
PORTANT REGLEMENT DEFINITIF
CONCERNANT L'ALLEMAGNE
AYANT ETE SIGNE A MOSCOU LE 12 SEPTEMBRE 1990,
TRAITE DONT LA TENEUR SUIT :

AYANT vu et examiné le dit TRAITE, NOUS l'avons approuvé et approuvons en toutes et chacune de SES parties, en vertu des dispositions qui y sont contenues et conformément à l'article 52 de la Constitution.

DÉCLARONS qu'IL EST accepté, ratifié et confirmé et PROMETTONS qu'IL SERA inviolablement observé.

EN FOI DE QUOI, Nous avons donné les présentes, revêtues du Sceau de la République.

À Paris, le 14 janvier 1991

F. Mitterrand

Par le Président de la République,

Le Ministre D'ETAT

MINISTRE DES AFFAIRES ETRANGERES

Президент

Союза
Советских Социалистических
Республик

ОБЪЯВЛЯЕТ, ЧТО

Верховный Совет Союза Советских Социалистических Республик Постановлением от « 4 » марта 1991 года ратифицировал нижеследующий акт : Договор об окончательном урегулировании в отношении Германии, подписанный в Москве 12 сентября 1990 года,

и заявляет, что все изложенное будет неукоснительно и добросовестно выполняться.

В удостоверение чего Президент Союза Советских Социалистических Республик подписал настоящую Ратификационную Грамоту и скрепил ее своей печатью.

Москва, Кремль

„12“ марта 1991 г.

Президент
Союза Советских Социалистических
Республик

Скрепил

Министр Иностранных Дел СССР

Übersetzung

105 - 505.42 - 91/1659

Wappen

DER PRÄSIDENT

der Union

der Sozialistischen Sowjetrepubliken

verkündet, daß

der Oberste Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken durch Beschluß vom 4. März 1991 folgenden Vertrag:

den in Moskau am 12. September 1990 unterzeichneten Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland ratifiziert hat,

und erklärt, daß dessen vollständiger Wortlaut strikt und gewissenhaft erfüllt wird.

Zur Bestätigung dessen hat der Präsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken diese Ratifikationsurkunde unterzeichnet und mit seinem Siegel versehen.

gez. M. Gorbatschow
Präsident
der Union der Sozialistischen
Sowjetrepubliken

Moskau, Kreml
12. März 1991

Siegel

Gegenzeichnung

Der Minister für
Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR

gez. A. Bessmertnych

DECLARATION SUSPENDING THE OPERATION OF QUADRIPARTITE RIGHTS AND RESPONSIBILITIES

DÉCLARATION SUSPENDANT L'EXERCICE DES DROITS ET RESPONSABILITÉS QUADRIPARTITES

ERKLÄRUNG ZUR AUSSETZUNG DER WIRKSAMKEIT DER VIER-MÄCHTE-RECHTE UND-VERANTWORTLICHKEITEN

ЗАЯВЛЕНИЕ ОТНОСИТЕЛЬНО ПРИОСТАНОВКИ ДЕЙСТВИЯ ЧЕТЫРЕХСТОРОННИХ ПРАВ И ОТВЕТСТВЕННОСТИ

The Governments of the French Republic, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America,

Represented by their Ministers for Foreign Affairs meeting at New York on 1 October 1990,

Having regard to the Treaty on the Final Settlement with respect to Germany signed at Moscow on 12 September 1990, which provides for the termination of their rights and responsibilities relating to Berlin and to Germany as a whole,

Declare that the operation of their rights and responsibilities relating to Berlin and to Germany as a whole shall be suspended upon the unification of Germany, pending the entry into force of the Treaty on the Final Settlement with respect to Germany. As a result, the operation of the corresponding, related quadripartite agreements, decisions and practices and all related Four Power institutions shall likewise be suspended upon the unification of Germany.

The Government of the Federal Republic of Germany, represented by its Minister for Foreign Affairs, and the Government of the German Democratic Republic, represented by its Minister for Education and Science, take note of this declaration.

Les gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et de l'Union des Républiques socialistes soviétiques,

Représentés par leurs ministres des Affaires étrangères réunis à New York le premier octobre 1990,

Prenant en considération le Traité portant règlement définitif concernant l'Allemagne, signé à Moscou le 12 septembre 1990, qui prévoit qu'il sera mis fin à leurs droits et responsabilités relatifs à Berlin et à l'Allemagne dans son ensemble,

Déclarent que l'exercice de leurs droits et responsabilités relatifs à Berlin et à l'Allemagne dans son ensemble sera suspendu dès l'unification de l'Allemagne, dans l'attente de l'entrée en vigueur du Traité portant règlement définitif concernant l'Allemagne. En conséquence, la mise en oeuvre des accords, décisions et pratiques quadripartites correspondants, qui s'y rattachent et les activités de toutes les institutions y afférentes des Quatre Puissances seront dans les mêmes conditions suspendues dès l'unification de l'Allemagne.

Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, représenté par son ministre des Affaires étrangères, et le gouvernement de la République démocratique allemande, représenté par son ministre de l'Education et de la Science, prennent note de cette déclaration.

Die Regierungen der Französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Grossbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika,

Vertreten durch ihre Aussenminister, die am 1. Oktober 1990 in New York zusammengetroffen sind,

Unter Berücksichtigung des am 12. September 1990 in Moskau unterzeichneten Vertrags über die abschliessende Regelung in bezug auf Deutschland, der die Beendigung ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes festlegt,

Erklären, dass die Wirksamkeit ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes mit Wirkung vom Zeitpunkt der Vereinigung Deutschlands bis zum Inkrafttreten des Vertrags über die abschliessende Regelung in bezug auf Deutschland ausgesetzt wird. Als Ergebnis werden die Wirksamkeit der entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken und die Tätigkeit aller entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte ab dem Zeitpunkt der Vereinigung Deutschlands ebenfalls ausgesetzt.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch ihren Aussenminister, und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, vertreten durch ihren Minister für Bildung und Wissenschaft, nehmen diese Erklärung zur Kenntnis.

Правительства Французской Республики, Союза Советских Социалистических Республик, Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии и Соединенных Штатов Америки,

представленные своими министрами иностранных дел на встрече в Нью-Йорке I октября 1990 года,

в том, что касается Договора об окончательном урегулировании в отношении Германии, подписанного в Москве I2 сентября 1990 года, в котором предусматривается прекрашение их прав и ответственности в отношении Берлина и Германии в целом,

заявляют, что действие их прав и ответственности в отношении Берлина и Германии в целом приостанавливается с объединением Германии до вступления в силу Договора об окончательном урегулировании в отношении Германии. Как следствие этого, действие соответствующих, связанных с этим четырехсторонних соглашений, решений и практики, и деятельность всех связанных с этим институтов четырех держав в равной мере также приостанавливается с объединением Германии.

Правительство Федеративной Республики Германии, представленное своим министром иностранных дел, и Правительство Германской Демократической Республики, представленное своим министром образования и науки, принимают настоящее заявление к сведению.

Pour le gouvernement de la République française

За Правительство Французской Республики

For the Government of the French Republic

Für die Regierung der Französischen Republik

Roland Dumas

Pour le gouvernement de l'Union des Républiques socialistes soviétiques

За Правительство Союза Советских Социалистических Республик

For the Government of the Union of Soviet Socialist Republics

Für die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

[illegible]

Pour le gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord

За Правительство Соединенного Королевства Великобритании и Северной Ирландии

For the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs Grossbritannien und Nordirland

Douglas Hurd.

Pour le gouvernement des Etats-Unis d'Amérique

За Правительство Соединенных Штатов Америки

For the Government of the United States of America

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

James A. Baker III

Pour le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne

За Правительство Федеративной Республики Германии

For the Government of the Federal Republic of Germany

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Hans-Dietrich Genscher

Pour le gouvernement de la République démocratique allemande

За Правительство Германской Демократической Республики

For the Government of the German Democratic Republic

Für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

Hans Joachim Meyer